

# M i l b a d e r T a g b l a t t

Enztalbote wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ergebnis täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. Ziel ins Dom. geliefert; durch die Post bisogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. Postkonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg. Zweitelle Wildbad. — Bankkonto: Cäcilienbank Wildbad & Co. Wildbad. Postkonto Gewerbeamt Wildbad. — Postfachkonto 2174.

Wiedergabe: Die einzige Pfeilspitze oder deren Raum im Beiget Gründungspreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamewelle 50 Pf. Nachhalt nach Taxis. Für Posten und bei Auslandserteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Umfrageabnahme täglich 9 Uhr vormittags. — Im Sonntagsfolien oder wenn geschäftliche Unterbrechung notwendig wird, soll jede Nachfrageausführung weg-

Denk. Berlag und Schriftleitung: Theodor Gau, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Vollmer.

Nummer 157

Ferrus 479

Mittwoch, den 9. Juli 1930

Ferrus 479

65. Jahrgang.

## Wie Frankreich England zum Kriege nötigte

Dah ohne Englands Zusage Frankreich und Rußland niemals einen Krieg gegen Deutschland gewagt hätten, das ist eine längst bekannte Tatsache. Sie wird aber immer noch deutlicher aus den neuerlichen Enthüllungen. Da sind es vor allem die auch in deutscher Übersetzung erschienenen Erinnerungen des Sir Arthur Nicolson, des ehemaligen britischen Botschaftsrats in Petersburg und späteren Unterstaatssekretärs im Londoner Auswärtigen Amt, den man die rechte Hand Grey nennt kann. Aus diesen, von seinem eigenen Sohn Harald herausgegebenen, literarisch geradezu klassischen Darlegungen geht u. a. hervor, wie Grey, obwohl er einmal ausrief: „Ich hasse den Krieg“, doch erst nach einer französischen Drohung zum Abschluß der Abmachungen sich bereit erklärt hat. Der französische Botschafter in London, Comboni, habe eine diesbezügliche Anfrage an Grey gerichtet mit dem Zufall: „Ich will endlich wissen, ob das Wort „Ehre“ aus dem englischen politischen Wörterbuch gestrichen worden ist.“

Noch überraschender sind die Mitteilungen, die die englische Gräfin Warwick am 4. April d. J. im „Daily Herald“ über eine bereits im Jahre 1910 stattgefundenen Unterhaltung des Feldmarschalls French mit Clemenceau macht. Die Unterredung, an der die Gräfin als Dolmetscherin teilnahm und von der sie König Eduard VII. unterrichtet hatte, verlief wie folgt:

Clemenceau erklärte auf die Freundschaftsbeteuerungen von French: „Was nützt uns die sentimentale Entente; mich interessiert nur, wieviel Mann gegen Deutschland an die Front gebracht werden können.“

French sprach ziemlich nervös und erklärte, daß 400 Mann zur Verfügung ständen.

Clemenceau erwiderte, daß die französische Defensivlichkeit die englisch-französische Freundschaft als einen Schwund ansäße, wenn die Zahl nicht auf eine Million erhöhte würde.

Clemenceau holte Landarten hervor und erklärte: „Die Landung der englischen Truppen muß bei Dunkelheit erfolgen; dann müssen diese Truppen durch Belgien nach Deutschland marschieren.“

French antwortete: „Wie verträgt sich das aber mit unserer Unterredung unter den belgischen Neutralitätsvertrag? Das muß man berücksichtigen.“

Clemenceau antwortete: „Auf Verträge kommt es nicht an, wenn es zum Kriege kommt!“ Clemenceau entwickelte im Laufe der weiteren Unterhaltung dann im einzelnen seine Pläne des britischen Marsches durch Belgien, während die Franzosen durch Elsass-Lothringen marschieren sollten.

Und uns rechnete man es als Kapitalverbrechen an, daß wir zur Abwehr durch Belgien marschierten, da dem deutschen Generalstab die Absicht der Engländer und Franzosen, durch Belgien auf das weideutsche Industriegebiet vorzutreten, wohlbekannt war. Wahrlich, es gibt in der ganzen Menschheitsgeschichte keine würdlichere Heuchelei als die „moralische Entrüstung“, die Grey und Genossen über das angebliche „Verbrechen der Verleugnung der belgischen Neutralität“ zur Schau stellen. Überdies waren die Belgier mit jenem französisch-englischen Kriegsplan seit 1910 vollkommen einverstanden. Das hat der frühere belgische Gesandte in Berlin unumwunden zugegeben.

Manche meinen, es habe überhaupt keinen Sinn mehr, gegen die infame Kriegsschuldsüge in Artikel 231 des Versailler Diktats anzukämpfen, einmal weil jedermann dieses und jenseits des Oceans genau wisse, daß die Kriegsschuldsüge ausschließlich auf Frankreich, England und Rußland ruht, wie ja auch der Amerikaner Barnes klappt und klar nochgewissen hat, der zu dem Schluss kam: „Es wird niemand mehr gelingen, die faule Leiche der Kriegsschuldsüge (gegen Deutschland) zu beleben“. Weiter sagt man, der Kampf gegen die Kriegsschuldsüge habe auch keinen Wert mehr, denn durch den Youngplan, der nicht mehr auf die angebliche Kriegsschuldsüge Deutschlands Bezug nimmt, wie noch der Dawesplan und das Londoner Ultimatum, habe Deutschland ja ohnehin seine Tributpflicht auf 60 Jahre anerkannt.

Das ist richtig. Aber einerseits muß festgestellt werden, daß der ehemalige Feindbund bis zum Jahr 1929 an der Behaustung festhielt. Deutschland trog allein die Schuld am Krieg und es habe dies im Versailler Vertrag (Artikel 231) unterschriftlich anerkannt. Poincaré hat in seinen vielen Sonntagsreden sogar immer wieder ausdrücklich erklärt, die ungeheuren Kriegstribute Deutschlands hätten gar keinen Sinn, wenn Deutschland nicht kriegsschuldig wäre. Es muß festgestellt werden, daß diese selben Verbündeten, einschließlich Amerikas, den Mut fanden, im Youngplan ihre Tributforderungen nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch wesentlich zu steigern, trotzdem sie angesichts der durchdringenden Erfahrung, daß die Kriegsschuldsbehauptung eine triste Verdrehung der Tatsachen sei, nicht mehr wagen konnten, den Youngplan mit der angeblichen Kriegsschuldsüge Deutschlands zu begründen.

## Lagespiegel

Der Chef der Heeresleitung, General Heye, besuchte am Dienstag vormittag die Dornierwerke und ihre Schwesterverke in Altenrhein, wo das Flugzeug Do X liegt. Anschließend besichtigte er das Luftschiff „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen und den neuen Flughafen Löwenthal.

Der zweitägige Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schober in Budapest galt neben der Erörterung einiger Wirtschaftsfragen vor allem einem Meinungsaustausch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen über die Denkschrift Orlands.

Für die Wahrheit muß weiter gekämpft werden. Denn es wird vielleicht schon bald die Zeit kommen, wo Deutschland den Tribut nicht mehr bezahlen kann, und dann wird es von Wert sein, wenn die öffentliche Meinung der Welt soweit vorbereitet ist, daß sie die bislangste Tributerperspektive vom Londoner Diktat bis zum Youngplan als einen offenen Schwund verurteilt. Daher das kein blohes Hirnenschmaus ist, beweist das Vornehmen eines der Verbündeten selbst, Italiens, das bereits die Aufhebung oder wesenliche Änderung aller Friedensverträge verlangt. Das bedeutet einen ersten wichtigen Schritt.

## Neue Nachrichten

### Kabinettssitzung und Parteiführerbesprechung

Berlin, 8. Juli. Die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien traten heute früh zusammen, um unter sich die Punkte der Deckungsverträge zu besprechen, über die innerhalb dieser Parteien noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Um diese nicht zu vertiefen, haben sich die Fraktionen in der gestrigen Reichstagsitzung der Reden enthalten.

Nachmittags hielt das Reichskabinett eine Sitzung ab, in der das Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Fragen der Reichsbahn und anderes behandelt wurden. Im Anschluß daran verhandelte der Reichskanzler wieder mit den Parteiführern.

### Zur Unterbrechung der Saarverhandlungen

Berlin, 8. Juli. Die Aussichten für eine Wiederaufnahme der nunmehr auf Oktober verlagerten Saarverhandlungen werden in politischen Kreisen für wenig aussichtsreich gehalten, da Frankreich bzw. gewisse französische Kapitalisten darauf bestehen, daß die Saargruben, die Staatsbesitz sind, in die Hand einer französisch-deutschen Kapitalistengesellschaft übergehen sollen, was Deutschland ablehnt. Von deutscher Seite ist in den Verhandlungen eine übermäßig hohe Absindungssumme angeboten worden und die Reichsregierung soll sogar geneigt sein, ihr Angebot noch zu erhöhen, aber alles das genügt den Franzosen noch nicht, obgleich die Befreiung des Saargebiets eine Voraussetzung für den Youngplan war.

Die Pariser Blätter stellen die Lage so dar, als ob die Saarbevölkerung im Grunde froh wäre, wenn die Verhandlungen sich zerschließen, damit sie noch länger in unmittelbarer Verbindung mit Frankreich bleiben könnten. (?) Frankreich könnte daher das Abstimmungsjahr 1935 in Ruhe erwarten.

### Keine Schadenersatzforderungen wegen der Sonderbündlerunruhen

Berlin, 8. Juli. Der französische Botschafter de Margerie erhob gestern, wie bereits berichtet, beim Reichsaußenminister Dr. Curtius namens der französischen Regierung „erste Vorstellungen“ wegen Volksunruhen gegen die Sonderbündler im ehemaligen besetzten Gebiet. Curtius soll nach dem halbmäßigen Bericht sein Bedauern ausgesprochen und erklärt haben, die Reichsregierung treffe keine Schuld, denn es sei alles getan worden, um derartige Zwischenfälle zu verhindern, aber die Polizei sei in ihrem neuen Wirkungskreis der empörten Volksmenge gegenüber zu schwach gewesen.

Eine weitere halbmäßige Verlautbarung erklärt, bei der Unterredung Margerries mit Curtius seien von ersterem „keine Schadenersatzforderungen wegen der Sonderbündlerunruhen“ gemacht worden.

Das hätte gerade noch gesieht, daß von Paris noch „Schadenersatzforderungen“ für die Landesverteidigung Frankreichs geltend gemacht würden. Uebrigens eine Preisfrage: Welche Antwort hätte wohl Bismarck dem Herrn de Margerie gegeben?

### Die Regierungsbildung in Sachsen

Dresden, 8. Juli. Der Versuch der Rechtsparteien, eine neue bürgerliche Regierung zu bilden, ist gescheitert, da die Volksnationalen und die Demokraten, die allerdings nur 2 bzw. 3 Abgeordnete haben, die Beteiligung ablehnten. Die Demokraten werben nunmehr für eine Koalition von So-

zialdemokraten (32 Abgeordnete), Demokraten (3), Wirtschaftspartei (10) und Deutsche Volkspartei (8). Die Sozialdemokraten erklärten sich zu Verhandlungen auf der Grundlage ihres Mindestprogramms vom März d. J. bereit und würden ihren Parteigenossen, Reichstagsabgeordneten Lipinsky, als Ministerpräsident vorschlagen. Diese Koalition würde zusammen über 53 von 96 Mandaten verfügen.

## Ohne Abrüstung keine Sicherheit

Rom, 8. Juli. Aus der Antwort der italienischen Regierung auf die Alleuropa-Denkschrift Briands ist noch zu erwähnen: Die italienische Regierung bestreitet entschieden die französische Behauptung, daß die Sicherheit Frankreichs eine Voraussetzung und Bedingung für das Zustandekommen der alleuropäischen Vereinigung sei. Umgekehrt sei die Abrüstung die stärkste Bürgschaft gegen Angriffe und ein Gebot für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten. Die Abrüstung, die in Briands Denkschrift mit keinem Wort erwähnt sei, stelle den grundlegenden Ausgangspunkt für ein wirksames Werk der moralischen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zur vollständigen Entwicklung der allgemeinen Sicherheit, um jeder wie immer gearteten Organisation einer europäischen bundeshaften Vereinigung praktischen Bestand und elementare Daseinsberechtigung zu verleihen.

### Mäßig grob, aber wahr

Rom, 8. Juli. Das halbmäßige faschistische Organ „Levere“ schreibt zu der Ablehnung der Alleuropa-Denkschrift: „Es genügt, das Wortgeklagel der Sprache (der Denkschrift) ins Auge zu fassen, um die weitmeergroße Dummheit dieser Wollensfabrikanten zu zeigen und zu beweisen, mit welcher lächerlicher Oberflächlichkeit die Formel der „Vereinigten Staaten von Europa“ versetzt worden ist.“

Alles in allem hat die Antwort die französischen Absichten auf das geschickte durchkreuzt, indem Italien sich auf den von Frankreich gewählten Boden des Friedens und der Zusammenarbeit stellt und auf diesem die französische Politik in jedem Punkt und auf der ganzen Linie überbietet und aus dem Felde schlägt.

### Borstoff Baldwins gegen die Regierung

London, 8. Juli. Baldwin und Neville Chamberlain, die Führer der Konservativen, werden im Unterhaus einen Tadel antragen gegen die Arbeiterregierung einbringen, weil sie von der Schutzzollpolitik der früheren Regierung abgegangen sei und willkürlich die Frage der Erhebung von Zöllen auf ausländische Lebensmittel abgelehnt habe. Dadurch seien der britischen Industrie und Landwirtschaft Vorteile auf den Märkten des britischen Reichs und auf anderen Märkten entzogen, wogegen der Schutz des britischen Marktes vernachlässigt worden sei.

Die führenden Bankiers Englands haben sich kürzlich in einer Entschließung ebenfalls für das Schutzzollsysteem ausgesprochen. Die konservative Partei wird nun den nationalen Schutzzoll und die strenge wirtschaftliche Zusammenfassung des britischen Reichs zu ihrem Kampftwort für die nächsten Wahlen machen.

### Ablauen der indischen Freiheitsbewegung?

London, 8. Juli. In einer von der Regierung für Indien ausgegebenen Mitteilung über die Lage bis einschließlich 5. Juli wird zum Ausdruck gebracht, daß gewisse Anzeichen dafür sprächen, daß die Bewegung des bürgerlichen Untergangs in den meisten Provinzen an Stärke abnehme. Auch an der Grenze nähmen die Dinge allmählich wieder ihre gewöhnliche Gestalt an.

Die Regierung in London und diejenige in Indien (Simla) werden morgen gleichzeitig eine Erklärung über die Lage in Indien abgeben.

### Der Lappo-Marsch auf Helsingfors

Helsingfors, 8. Juli. Der Marsch der 10 000 Lappoleute (Bauern) nach Helsingfors ist bis zum Schlus in vollster Ordnung verlaufen. Auf dem Sportplatz hielten ein finnischer und ein schwedischer Pfarrer Feldpredigten, worauf die Massen zum Heldenfriedhof marschierten. Auf den Gräbern der deutschen, finnischen und schwedischen Befreiungskämpfer wurden unter Ansprachen Tannenkränze mit schwarzblauen Schleifen niedergelegt. General Mannerheim, der Führer im Befreiungskampf gegen die Bolschewisten, wurde stürmisch begrüßt. Präsident Relander erklärte, die Lappo-Bewegung strebe weder nach einer Verfassungsänderung noch nach einer Diktatur. Im Kampf gegen den Kommunismus müsse das ganze Volk einig sein.

Wegen des großen Brandes in Kovaniemi an der russischen Grenze sind 20 Kommunisten als Brandstifter verhaftet worden. Der Schaden wird jetzt auf 5 Millionen finnische Mark (etwa 600 000 Goldmark) angegeben.

# Deutscher Reichstag

## Die Deckungsvorlagen

Berlin, 8. Juli.

Im Reichstag wurde gestern zunächst das vorläufige deutsch-rumänische Handelsabkommen nach kurzer Aussprache gegen die Stimmen der Rechten in zweiter und dritter Beratung angenommen. Darauf folgte die Beratung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung, verbunden mit der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

**Finanzminister Dr. Dietrich:**

Die Ursachen des ungedeckten Fehlbetrages von 485 Millionen seien in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Neben die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltssausgaben werde es unter den Amtmännern noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung für sein Verbleben im Amt gemacht. Nicht zugeben könne er, daß im gegenwärtigen Augenblick weitere sofort wirkende Ersparnismöglichkeiten beständen. Auch im Reichstag habe niemand bestimmte Anregungen zu weiteren Ersparnissen zu geben vermocht.

Selbst nach der Annahme der Deckungsvorlagen der Regierung wäre es verwegen, zu sagen, daß man damit über dem Berg sei. Die Lage der Gemeinden sei als durchaus schlecht anzusehen. Die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine steile Gefahr für die Finanzen des Reiches. Mit den vorgesehenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Die Aussichten, für etwa eine Milliarde im Lauf des nächsten halben Jahres Arbeit in Gang zu bringen, werden hunderttausenden von Menschen Lohn und Brotschaffen. Nur wenn das gelinge, könne die im Haushalt ausgemachte Rechnung über die Kosten der Arbeitslosigkeit verantworlet werden.

Eine weitere Gefahr für die Reichsfinanzen liege in der zu niedrigen Einschätzung der Einnahmeausfälle, doch werde es sich hier nicht um Summen handeln, die den Haushalt in Unordnung bringen könnten. Bei der Neuregelung der öffentlichen Finanzen komme der Ordnung der Gemeindefinanzen die größte Bedeutung zu. Es werde nicht möglich sein, diese Ordnung etwa in der Form herbeizuführen, daß das Reich neue Mittel aufbringe und sie den Gemeinden zuwende. Es komme vielmehr darauf an, die Gemeinden selbst für die Verausgabung und für die Bewilligung der Steuern verantwortlich zu machen. Im Begründungsfund standen da der Verwaltungskostenbeitrag oder Bürgersteuer und die Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Bei dem Umbau des Steuerwesens des Reichs müsse die Senkung der Realsteuern und der Einkommenssteuern das erste Ziel sein. In welchem Zeitpunkt diese Senkungen aber bewerkstelligt werden können, sei heute noch nicht zu sagen. In dem Augenblick, in dem man die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauche, werde die Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert; weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im ganzen oder eine Umgestaltung möglich sei werde. Diese Umgestaltung sei besonders dringlich bei der Gewerbesteuer, die der Minister als die ungerechteste Steuе bezeichnet.

Auf die Dauer könne das Volk neben den riesigen inneren und äußeren Kriegslasten nicht noch 1½ Milliarden oder mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne Leistung tragen. Trotz der jetzigen Reichsbeiträge sei in der Arbeitslosenversicherung für 1931 ein Fehlbetrag von 270 bis 300 Millionen zu erwarten. Mit den Deckungsvorlagen der Regierung stehe und falle die Reform der Arbeitslosenversicherung, die Beitragserhöhung. Aber auch die Reform der Krankenversicherung und das Gesetz, das die Bewilligung weiterer Invalidenrenten im wesentlichen aufheben will, könnte schwerlich eine parlamentarische Erledigung finden, wenn die Deckungsvorlagen abgelehnt würden. Ebenso würde die Ostlhöfe fallen.

**Abg. Dr. H. H. (Soz.):** Er könne in manchen Punkten dem Reichsfinanzminister zustimmen. Es sei zu bedauern, daß die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung so lange nicht durchgeführt wurde. Es sei aber zu befürchten, daß durch die Deckungsvorlagen die Gefundung der Reichsfinanzen nicht erreicht werde; die Kosten müssen jetzt schon gesteigert werden, das sei ja doch nicht zu umgehen. Außerdem sollen nicht 100, sondern 200 Millionen gespart werden und zwar durch weitere Abstriche am Reichswehrhaushalt, an den Überweisungen an die Länder und durch Kürzung der Pensionen. Wenn dieser leichtere Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt würde, werde seine Partei gegen die Deckungsvorlagen machen. Das Motto sei berechtigt, aber eine Vohsenkung lehne die Sozialdemokratie ab.

**Abg. Dr. Oberfohrer:** erklärt namens der ganzen deutschnationalen Fraktion: Die Katastrophe der Reichsfinanzen sei der Beginn der Aufbrüngungskrise des Young-plans. Andererseits sei sie verursacht durch die unter sozialdemokratischem Einfluß geführte verhängnisvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für die Gefundung der Wirtschaft und der Finanzen seien sicher auch die Beamten bereit und verpflichtet. Opfer zu bringen. Es könne ihnen aber nicht zugemutet werden, sich einer Sondersteuer zu unterwerfen, um die Fortsetzung der gegenwärtigen Münzwirtschaft zu ermöglichen. Die jetzigen Steuervorschläge seien kein geeigneter Anfang für die Senkung der Produktionskosten und der Preise. Die Erhöhung der Einkommensteuer stehe im Gegen- so zu der selbst von Hilferoth anerkannten Notwendigkeit der Kapitalbildung. Angehts der letzten Erfahrungen müsse man bezweifeln, daß die vorgeschlagenen Steuern „nur vorübergehend“ sein sollen. In den Ausgaben könne noch weit mehr gespart werden. Es werde niemals besser werden, bevor nicht die verfehlte Tribut-, Wirtschafts- und Finanzpolitik von Grund auf geändert werde. Da die Regierungsvorschläge die notwendige Gewähr für diese grundfachliche Umkehr nicht enthalten, sei die deutsch-nationale Fraktion nach ihrem einmütigen und einstimmigen Beschuß nicht in der Lage, für diese Vorlagen die Mitverantwortung zu übernehmen.

**Abg. Dr. Neubauer (Komm.)** wirft der Regierung vor, daß sie die Armen ausplündern wolle, um alles den Reichen zu geben.

Von den hinter der Regierung stehenden Fraktionen wird das Wort nicht ergriffen. Die Vorlagen wurden dem Steuerausschuß überwiesen.

# Württemberg

## Schutz dem Mittelstand und dem Gewerbe

Stuttgart, 8. Juli. Die Württ. Bürgerpartei, die Abg. Dr. Hölscher, Hermann, Hiller und Dr. Wider, haben im Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die besonders dem mittelständischen Gewerbe Schutz verschaffen sollen.

Gegen Auswüchse des Haushandelns wurden folgende Anträge gestellt: 1. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung Schritte dahin zu unternehmen, daß in die Gewerbeordnung folgende Bestimmungen aufgenommen werden: 1. § 58c als Abfall III: Ein Verbot zur Benutzung von Gast- und Schankstätte, als unmittelbare Verkaufsstellen für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, namentlich auch für Wanderverlager. 2. Zu § 57b als Punkt 5 hinzuzulegen: Wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb darstellen. 3. Im § 60 Satz 1 durch folgende Bestimmungen zu erweitern: Der Wandergewerbeschein wird für die Dauer des Kalenderjahrs erteilt. Er berechtigt den Inhaber, das bezeichnete Gewerbe nach Errichtung der darauf haftenden Landesteuern in dem Bezirk der ausstellenden oberen Verwaltungsbüroden zu betreiben. Die Erteilung eines Wandergewerbescheins ist zu versagen, wenn ein Bedürfnis zur Ausstellung von Wandergewerbescheinen für Ausübung des betreffenden Gewerbes im Bezirk der Behörde nicht besteht oder sobald für das Gewerbe, für das der Schein nachgeprüft wird, die den Verhältnissen des Verwaltungsbezirks der Behörde entsprechende Anzahl von Wandergewerbescheinen erteilt worden ist. Zu dem Gewerbebetrieb in einem anderen Bezirk ist die Ausdehnung des Wandergewerbescheins durch die zuständige Behörde dieses Bezirks erforderlich. Die Ausdehnung wird versagt, wenn ein Bedürfnis zur Ausübung des betreffenden Gewerbes in dem Bezirk der Behörde nicht besteht oder sobald für die den Verhältnissen des Bezirks entsprechende Anzahl von Personen Wandergewerbescheine bereits erteilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt sind. Zu § 41a der Gewerbeordnung ist zu fordern, daß dieser auch auf den Warenverkauf aus Automaten angewendet wird. Der Warenverkauf aus Automaten muß hinsichtlich der Verkaufszeit den gleichen Beschränkungen unterliegen, die für den örtlichen Einzelhandel festgelegt sind.

Neben die privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand wurden folgende Anträge eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. eine gefestigte Festlegung zu verlassen, die die wirtschaftlichen Betätigungen zu den sozialen, kulturellen und Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand gehören; 2. alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um eine Schädigung der Privatwirtschaft durch privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zu verhindern; 3. den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen ein Einspruchrecht gegen privatwirtschaftliche Unternehmungen der öffentlichen Hand zu geben; 4. zu verlassen, daß alle privatwirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand, die der Privatwirtschaft Konkurrenz um den Abfall an Privatnehmer machen, den gleichen steuerlichen Belastungen unterworfen werden, die der Privatwirtschaft auferlegt sind.

Ein letzter Antrag auf ein Warenhausgesetz lautet: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß zur Verwirklichung des Art. 164 der Reichsverfassung (Schutz des Mittelstands vor Untergang und Auflösung) beschleunigt ein Warenhausgesetz erlassen wird und daß für die Neuerrichtung von Warenhäusern eine Bedürfnisprüfung vorgenommen wird, an der die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern maßgeblich zu beteiligen, sowie auch die wirtschaftlichen Berufsvertretungen von Handel und Gewerbe zu hören sind.

## 54. Jahresfest der Anstalt Karlshöhe

ep. Unter zahlreicher Beteiligung von nah und fern hat die Evangelische Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe am Sonntag ihr 54. Jahresfest gefeiert. Nach dem Begrüßungswort von Dekan Gauger, dem Vorstand des Verwaltungsrats, und der Predigt von Stadtpfarrer D. Dipper-Stuttgart erstattete der Anstaltsleiter, Direktor Möhner, den Jahresbericht, voll von Arbeit und Sorgen, aber auch Erfolgen. Ehrend wurde auch der aus treuer Pflichtfüllung in die Ewigkeit abgerufenen Brüder und Brüderfrauen gedacht, sowie der fünf Angestellten, welche nunmehr 10 bzw. 25 Jahre lang im Dienst der Anstalt stehen. Lehrreiche Einblicke in die Arbeit der Brüder gewährten die Berichte der Diakonen Haug von der Herberge zur Heimat in Reutlingen und Friedrich von der Gemeindehilfe in Ulm. Das humorvolle und herzliche Schlusswort von Stadtpfarrer Zeller-Juvenhausen forderte auf zu treuem Einstehen für die Kirche und ihre Anstalten. Die Polka, Sing- und Sprechchor der Brüder und Kinder gaben wertvolle Einstimmlung und Umrahmung der Feier.

Im Anschluß an das Jahresfest finden sich die auf auswärtigen Arbeitsplätzen dienenden Brüder der Diakonanstalt zu gemeinsamer Beratung, Stärkung und beruflicher Förderung zum Brüdertag auf der Karlshöhe zusammen, der die Vertretung der 377 Diakonen umfassenden Brüderschaft darstellt.

**Stuttgart, 8. Juli.**

**Verkehrsfragen auf den Fildern.** Durch das vom Wirtschaftsministerium der Stadt Stuttgart vorgebrachte Abkommen ist die Frage des Ausbaues der Verkehrslinien auf den Fildern in ein neues Stadium getreten. Neben den Ausbau der Verkehrslinien selbst liegen zwei Denkschriften vor, die den amtlichen Stellen zugeleitet worden sind. Die eine Denkschrift beschäftigt sich mit dem Bau der sogenannten „Mittleren Linie“, die von Degerloch über Birtach — Hohenheim — Böblingen — Bernhausen — Sinsheim — Wolschlugen — Rütingen geführt werden soll, währenddem die andere Denkschrift die Weiterführung der Straßenbahn von Echterdingen über Stetten — Plattenhardt — Bonndorf vertritt. Die „mittlere Linie“ bietet die Möglichkeit, leicht und in zweckmäßiger Weise Anschlüsse von beiden Seiten aufzunehmen, so z. B. in Bernhausen oder Sinsheim von den Orten Bonndorf und Plattenhardt her. Außerdem kann etwa von Böblingen aus über Klemm — Ruit — Hedelfingen die heute ebenfalls noch fehlende Verbindung vom Zentrum der Filder ins Neckartal zwischen Ehingen und Cannstatt geschaffen werden. In neuerer Zeit haben sich infolge der Veränderungen im Neckartal bei Cannstatt und Untertürkheim und wegen der nötig gewordenen Verlegung der dortigen Vereins-Sport und Spielplätze verschiedene große Vereine im Ramsbachtal zwischen Degerloch und

Birtach angesiedelt. Diesen muß eine leichte Verkehrsmöglichkeit zu ihren dortigen Sport-, Spiel- und Badeplätzen geschaffen werden, die nur durch die mittlere Linie befriedigt werden könnte.

**Ein Bad für Degerloch.** In Degerloch wird an der Jakobstraße ein öffentliches Bad, vorläufig mit 12 Wannenböden, errichtet. Die Kosten sind auf 72 000 Mark veranschlagt. Die Spielplätze auf der Wanzener Höhe, wie dieses Gebiet überhaupt, werden nunmehr eine Wasserleitung erhalten.

## Aus dem Lande

**Schorndorf, 8. Juli. Jäger Tod.** Gestern mittag erschlug Oberlehrer Reinwald während eines Festzugs einen Herzschlag. Oberlehrer Reinwald war über zwei Jahrzehnte hier tätig.

**Heilbronn, 8. Juli. Gelände.** Der vor kurzem als ertrunken gemeldete Knabe ist der Grundhüter Albrecht Brendle. Seine Leiche wurde an dem Badeplatz Kleindälein, an dem er ertrunken war, gefunden. Wie die Feststellungen ergeben, liegt ein Unglücksfall vor.

**Ellwangen, 8. Juli. Kindstötung.** — Presseprozeß. Das Schwurgericht hat die 29 J. a. aus Offenau O.A. Nekarstein stammende, in Pfahlheim O.A. Ellwangen wohnhafte Haustochter Maria Rum in wegen eines Verbrechens der Kindstötung unter Einrechnung zweier gegen sie vom Schöffengericht Ellwangen ausgesprochener Strafen zu der Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde der Buchdruckerbesitzer Karl Rohm in Koch O.A. Welzheim wegen eines Vergehens der Gotteslästerung, verübt durch die Presse, und wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

**Oberdorf a. N., 8. Juli. 70. Geburtstag.** Gestern feierte Oberamtspfleger i. R. Günter in bestem Gesundheitszustand seinen 70. Geburtstag. 34 Jahre lang hat er das Amt des Oberamtspflegers mit Umsicht und Treue versehen und ist im Jahre 1928 in den Ruhestand getreten.

**Waldmössingen O.A. Oberdorf, 8. Juli. Verhaftet.** Der Landrägermannschaft von Oberdorf gelang es, einen aus dem Zuchthaus entwichenen und steckbrieflich verfolgten Mann hier festzunehmen. Er arbeitet seit 8 Tagen hier als Maler in einem Privathaus. Der Verhaftete ist 24 Jahre alt, gebürtig von Stuttgart und ging unter falschem Namen.

**Renquisthausen O.A. Tuttlingen, 8. Juli. Brand.** Abends ist das vor fünf Jahren neu erbaute Gasthaus zum „Hirschen“ bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Brand entstand durch Warmlaufen eines Lagers am Heu aufzug. Es konnte nur das lebende Inventar gerettet werden.

**Hausen ob Berona O.A. Tuttlingen, 8. Juli. Das hausener Elektrizitätsunfall erneut vor Gericht.** Am Freitag fand in Rottweil vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Bezirksmonteur W. Wolf wegen fahrlässiger Tötung zweier Menschen statt. Die Verhandlungen endigten mit dem Freispruch Wolfs. In der ersten Instanz hatte der Angeklagte 6 Monate Gefängnis erhalten.

**Holzheim O.A. Höppingen, 8. Juli. Der Holzheimer Gemeinderat zur Stilllegung des Jurawerks — Vereinigung mit der Teilgemeinde St. Gotthardt.** Eine außerordentliche Gemeinderatssitzung fand am 30. Juni statt, nachdem am Sonntag die Verhandlungen über den Verkauf der Jura-Dessauerwerke AG., bekannt geworden waren. Es wird nun, wie der „hohenstaufen“ berichtet, wohl damit zu rechnen sein, daß die neuen Inhaber der Aktien den Betrieb stilllegen werden.

**Der Gesamtgemeinderat strebt schon seit Jahren eine Vereinigung der Teilgemeinde St. Gotthardt mit Holzheim zu einer einfachen Gemeinde an, fand aber bisher beim Teilgemeinderat St. Gotthardt wenig Neigung für die Vereinigung. Nunmehr stellte der Vorsitzende im Benehmen mit dem Teilgemeinderat St. Gotthardt einen Entwurf zu einer Vereinbarung über die Vereinigung auf, die von beiden Gemeinden genehmigt wurde.**

**Ulm, 8. Juli. Landestreffen der württ. Vereine ehemaliger höherer Handelschüler.** Am Sonntag fand im Russischen Hof das 2. Landestreffen der württ. Vereine ehemaliger höherer Handelschüler statt, das aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: „Angesichts der neuerlichen Bestrebungen Preußens, eine auf der Volksschule aufgebauten mittlere Reife zu schaffen, richten die heim. 2. württ. Landestreffen versammelten Vertreter der Vereine ehemaliger höherer Handelschüler an das württ. Kultoministerium die dringende Bitte, die völige Gleichstellung der Berechtigung der Mittelstufe der höheren Handelschulen mit denjenigen der allgemein bildenden höheren Schulen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.“ Ferner erklärt die Vertreterversammlung erneut, daß sie im Interesse der Jugend und der Wirtschaft die raschste Errichtung von Wirtschaftsoberschulen durch Ausbau der zweijährigen Oberstufen der höheren Handelschulen für unbedingt erforderlich hält.“

**Familienstreit mit tödlichem Ausgang.** In der Vorstadt Söllingen geriet der frühere Schneider Alois Spröll mit seiner Frau in Streit. Der geistig nicht ganz normale Mann warf dabei die Frau die Treppe hinab. Mit einem schweren Schädelbruch wurde sie ins städt. Krankenhaus nach Ulm verbracht, wo sie heute früh ihren schweren Verletzungen erlegen ist. Die 55jährige Frau war mit Spröll in zweiter Ehe verheiratet. Der Täter wurde zur Untersuchung seines Geisteszustandes ins Krankenhaus gebracht.

**Ochsenhausen O.A. Biberach, 8. Juli. Zusammenstunf.** Etwa 60 ehemalige Schüler der hiesigen Ackerbauschule kamen vorgestern teilweise mit Angehörigen hierher. Der derzeitige Vorstand der Schule, Landeskonsistorialrat Krebs, begrüßte die Erschienenen, unter denen der älteste Jahrgang 1876—1879: Koch-Saulgau war, namentlich auch den früheren Vorstand der Schule, Dekanomrat Köttlin-Ludwigsburg, und den Abg. Köberle. Den erschienenen Ehemaligen wurde ein Schülerverzeichnis überreicht, das dank einem Beitrag der Centralstelle neu herausgebracht werden konnte. Aus dem Verzeichnis war zu entnehmen, daß die Mehrzahl der ehem. Schüler in gesicherten Stellungen sich befinden. Die Ehemaligen ernannten den seit 25 Jahren an der Ackerbauschule in vorbildlicher Weise tätigen Ackerbau-Oberlehrer Isidor und den früheren Vorstand der Schule, Dekanomrat Köttlin, zu Ehrenmitgliedern der Vereinigung.

**Hypotheken-Gelder - Baukredite**  
noch und billige durch  
**ELLWANGER & GEIGER, BANKGESCHÄFT**  
Stuttgart, Calwerstraße 10, Nähe Lindenstr. Telefon 2411/6



Ochsenhausen, O.A. Biberach, 8. Juli. Entgleisung. Bei dem Gewitter am Sonntag abend wurde durch den Wolkenbruch das Bahngleis bei Reinstetten mit Sand überwemmt, so daß die Lokomotive des von Biberach kommenden Zugs entgleiste. Der Zugverkehr war lange gestört und mußte durch drei Autos ersetzt werden.

Saulgau, 8. Juli. Brand. Im Scheuerteil des Anwesens der Witwe Theresa Weckenmann an der Moosheimer Straße brach ein Brand aus und griff rasch um sich. Der Wohnhausteil steht noch, muß jedoch wahrscheinlich voll abgetragen werden. Glücklicherweise konnte das lebende und tote Inventar größtenteils gerettet werden. Brandstiftung wird vermutet.

Bühl, O.A. Laupheim, 8. Juli. Ründender Blitzen. Am Sonntagabend schlug der Blitz in das Wohnhaus des Landwirts August Riederer, das größtenteils zerstört wurde. Das Mobiliar und die angebaute Scheuer konnten gerettet werden. Der Blitz schlug auch in die elektrische Leitung, so daß Bühl ohne Licht und Kraft war und aus den tiefen, elektrisch betriebenen Pumpbrunnen kein Wasser zum Löschens entnommen werden konnte.

Waldsee, 8. Juli. Spende. Oberst Dr. Erich Schöllhorn, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Brauerei Waldengut in Winterthur (Schweiz), der einen Teil seiner Jugendzeit hier verbracht und lebte Woche hier auf Besuch war, hat der Stadtgemeinde 5000 RM geschenkt. Diese Summe ist zur weiteren Durchführung des Sanierungsprojekts bestimmt worden.

Vom bayrischen Allgäu, 8. Juli. Tragischer Tod. Beim Baden im Deichselsee geriet der des Schwimmens unkundige 23jährige Hezarbeiter Anton Ableitner plötzlich an eine tiefe Stelle. Der 30jährige Säger Otto Schulz aus Durach kam ihm zu Hilfe, er wurde aber von Ableitner umklammert und sank mit ihm den Tod.

\*  
ep. Kirche und Arbeitslosigkeit. Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat in seiner einstimmig angenommenen Entschließung an die verantwortlichen Stellen im Reich und in den Ländern die ernste Forderung gerichtet, daß zur Behebung der Not, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit das Neuerste getan wird. Er legt allen Gliedern der evangelischen Kirche die fittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um den darbenden Volksgenos in durch die Notzeit hindurchzuholen; dazu gehöre auch eine Vereinfachung der Lebensführung des ganzen deutschen Volks. Die evangelischen Gemeinden und ihre Glieder sollen aller siebenlosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegentreten, denen es nicht am Willen zur Arbeit fehle, sondern an der Arbeitsmöglichkeit. Den arbeitslosen Volksgenos bringt der Kirchentag sein tifftes Mitgefühl für ihre Notlage entgegen."

Der Sicherheitsdienst bei der Reichsbahn. Im Jahr 1929 stellte der Bahn-Fahndungsdienst bei der Reichsbahn rund 25 000 Diebstähle fest. 5000 Diebstähle konnten verhütet werden. 4400 Diebe wurden durch den Reichsbahn-Sicherheitsdienst und 500 durch die öffentliche Polizei festgenommen. Für 502 000 M. Diebesgut wurde zurückgewonnen. Der Sicherheitsdienst der Reichsbahn meldete 48 000 Bahnpostübertretungen, 61 000 Nachlösungen von Fahrkarten und 40 000 Verkehrsunregelmäßigkeiten.

## Bundesversammlung des Ev. Bundes

ep. Die diesjährige Tagung des württ. Hauptvereins des Evang. Bundes, die vom 5. bis 7. Juli in Tübingen stattfand, stand ganz unter dem Zeichen der Augustana. Derstellvertretende Vorsitzende, Stadtpräfessor Dr. Stotzmaier-Stuttgart, eröffnete die Begrüßungsversammlung am Samstagabend mit einer kurzen Darstellung der Ziele des Evang. Bundes. Er ist friedliebend und kämpfereid in evangelischer Weiternägigkeit, die den Gegner schlägt und auch das Gute auf seiner Seite anerkennt, aber auch mit protestantischer Festigkeit, die das von Gott übertraute schützt und für den Dienst erhält, den es dem Ganzen zu leisten bestimmt ist. Die Reihe der Begrüßungsreden eröffnete Stadtpräfessor Schneider als Vorsitzender der Tübinger Ortsgruppe des Evang. Bundes, der die ansehnliche Summe von 4000 Mark als Festsgabe aus Gemeinde und Bezirk Tübingen überreichen konnte. Dekan Faber überbrachte die Grüße der Kirchengemeinde, des Kirchenbezirks und des Gustav-Adolf-Bundes. Warne Grusworte fand Oberbürgermeister Scheff für die Stadtgemeinde. Im Auftrag des Rektors der Universität und als Dekan der evang.-theol. Fakultät sprach Professor D. Schlunk. Den Schluss bildete Dr. Rath-Pforzheim als Abgeordneter des badischen Bruderbundes. — Im zweiten Teil des Abends, der durch Gesangsvorlänge des von Kirchenmusikdirektor Götz geleiteten Stiftskirchenchores bereichert war, sprach Pfarrer Schmidt-Kugelbach von Augsburg über den Augsburger Reichstag 1530. Er entwarf ein packendes Bild von den damaligen Vorgängen. Heute leben wir vielfach in einer Verschwommeneheit der Weltanschauung, die ein Wiedersehen von Elementen in sich birgt und jede Geschlossenheit vermissen läßt. Wir brauchen etwas, worfür der Grund in der Ewigkeit gelehrt ist. Mit diesem Vortrag erreichte der Abend eine feierliche Höhe, die einen starken Eindruck hinterließ. Am Sonntagmorgen fanden in den drei Kirchen der Stadt Festgottesdienste statt, die von Pfarrer D. Mahnert-Innsbruck, Dekan Fria-Neuöttingen und Dekan Ott-Ubach gehalten wurden.

Nachmittags stellte sich eine große Teilnehmerschaft zu der Festversammlung im Museum ein. Pfarrer Mayer-Li ist überbrachte die Grüße der Kirchenleitung und stellte rückblickend auf die Augsburger Tage fest, sie hätten gezeigt, daß der Protestantismus auch heute noch ein großes Heimatrecht im Herzen des deutschen Volks habe. Der Evang. Bund arbeite in besonderem Maß an der Bildung eines protestantischen Öffentlichkeitswillens und verdient deshalb die Unterstützung der weitesten Kreise. In drei Ansprachen wurde dann Augsburg nach verschiedenen Richtungen besucht. Universitätsprofessor D. Anrich-Tübingen sprach über Luther auf der Coburg. Stadtpräfessor Knapp-Neuöttingen führte in die ruhmvolle Zeit der kleinen Reichsstadt Neuöttingen, als sie mit drei anderen Städten zusammen das Augsburger Bekennnis unterzeichnete. Pfarrer D. Mahnert beleuchtete die mannigfachen Beziehungen zwischen Augsburg und Österreich und gab erfreuliche Einblicke in den tragischen Heldenkampf des österreichischen Protestantismus. Einen programmatischen Vortrag hielt Bundesdirektor D. Fahrerhorst-Berlin über Gegenwartsaufgaben des Evang. Bun-

## Lokales.

Wildbad, den 9. Juli 1930.

Landeskurstheater. Heute abend wird Franz Lehars Meisterwerk „Friederike“, ein Singspiel aus Goethes Leben zum ersten Male wiederholt. Titelpartie: Hedwig Hillengäb, Goethe: Hans Weber. — Donnerstag abend zum dritten Mal der größte Lustspielerfolg dieser Saison „... Vater sein dagegen sehr!“ von C. Childs Carpenter. Hauptrolle: Fred Maritz. — Freitag abend Arnold und Bachs Erfolg, „Weekend im Paradies“, Schwanz in drei Akten. Komisch: Hauptrolle: Walter Fischer-Achten.

Sängerbefrei am Sonntag. Gegen Mittag traf in Kraftwagen der Reichspost vom Höhloch und Kaltenbronn kommend der Männergesangverein „Aurelia“ Baden-Baden zum Besuch hier ein. Der Verein steht im Sängerleben an führender Stelle und besitzt in seiner Heimat Baden-Baden ein eigenes Sängerheim. Der hiesige Liederkrantz ließ es sich darum nicht nehmen, die Sangesbrüder aus der nahen Bäderstadt in der Trinhalle mit dem schwäbischen Sängerspruch zu begrüßen. Der 1. Vorsitzende des hiesigen Liederkranzes, Herr G. Rat Pfau, bewilligte in gewohnter Weise die Sänger auch im Auftrag der Stadt, was diese sichlich erfreute. Der Präsident der „Aurelia“, Herr Schulrat Reich, sprach darauf in freundlichen Worten seinen Dank für den lieben Empfang aus, indem er betonte, daß er solche Herzlichkeit nur bei Schwaben finde. Die beiden Vereine vereinigten sich dann noch zu einigen hübschen Chören, die allgemein Freude machten. Darauf schloß sich eine Besichtigung der Anlagen und Bäder, über die sich die Badener Sänger recht befriedigt aussprachen. Nach eingenommenem Mahl im Hotel Klumpp, das die Besucher außerordentlich befriedigte und nach einem Besuch bei ihrem Landsmann, Herr Hotelier Rieger im Bergfrieden, verließen um 5 Uhr nachmittags die Sänger hochbefriedigt unsre gastliche Stadt, beim Weggang noch eine herzliche Einladung an den Liederkrantz zu einem baldigen Gegenbesuch im Herbst richtend.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

### Ein Verkehrsflugzeug der Lufthansa in der Ostsee verunglückt

Drei Personen vermisst

Das viermotorige Wasserflugzeug Dornier 1846 der Lufthansa, mit mehreren Fahrgästen an Bord, mußte am 7. Juli auf einem Flug nach Stockholm wegen Bruchs der Kurbelwelle des hinteren Jupitermotors an der Südspitze der Insel Bornholm auf die Ostsee niedergehen. Ein vorüberschreitender Motorregler nahm das Flugzeug ins Schlepptau. Plötzlich schlug es 18 Km. von Bornholm um und trieb sieben. Das Motorboot versuchte sofort die Insassen zu retten und konnte auch den Führer, Flugzeugkapitän Kuhring, den Bordmechaniker Friedrich und einen Fahrgäst namens Grissom an Bord nehmen. Diese drei wurden erschöpft um Mitternacht nach Negö gebracht, sie konnten das dortige Krankenhaus am Dienstag früh verlassen.

Kuhring berichtet, nach dem Niedergehen des Flugzeugs seien alle Insassen auf Deck gegangen und vom Bordmechaniker mit Schwimmwesten versehen worden. Als das Flugzeug senkte, seien (außer den genannten drei) zwei weitere Personen von einem unbekannten Dampfer aufgenommen worden. Von den restlichen drei Personen, darunter eine Dame und der Bordfunker Pittmann, weiß man nichts, und es ist anzunehmen, daß sie den Tod gefunden haben. Das Flugzeug liegt bei Bornholm.

Zwei Villen Sklaré versteigert. In Berlin wurden zwei dem Leo Sklaré gehörende Villen öffentlich versteigert. Die erste Villa in der Heerstraße ging für 200 000 Mark in den Besitz der Städtischen Sparkasse über, die in dieser Höhe eine Hypothek auf dem Grundstück hat. Die Sparkasse will das Grundstück weiter veräußern. Die zweite Villa erworb für 90 000 Mark ein Privatmann, der Inhaber einer Hypothek von 80 000 Mark auf diesem Grundstück ist.

In der Voruntersuchung im Fall Sklaré, die nun 1½ Jahre dauert, sind neue Momente aufgetaucht, die zu Zeugenvornehmungen in Neuhof führten. Sie werden durch die deutsche Generalkonsulat ausgeführt. Mit der Hauptverhandlung ist nicht vor dem kommenden Frühjahr zu rechnen.

Selbstmord. Der Fabrikdirektor und Stadtverordnete Franz Hermann von der Fabrik Franz Hermann AG. in Erfurt hat in Verzweiflung über die allgemeine Lage der Wirtschaft in Deutschland seinem Leben ein Ende gemacht. Der Bestand der eigenen Fabrik soll in keiner Weise gefährdet sein.

Ausgeklärter Mord. Am 19. Februar d. J. vor der Bergwerksdirektor Kramer in Riechertshofen (Prov. Sachsen) nachts vor seinem Haus durch einen Schuß getötet worden und es gelang nicht, den Täter zu ermitteln. Am Montag erschien nun die Frau des Heilgehilfen Otto Koch aus Hoyerswerda bei der Grubendirektion und gab an, ihr Ehemann habe den Mord begangen. Koch war bis zum Jahr 1929 als Heilgehilfe und Bademeister auf der Zeche beschäftigt gewesen und wegen Unregelmäßigkeiten von Kramer entlassen worden. Die Frau, die wohl ein unruhiges Gewissen und Familienstreitigkeiten zu ihrem Schritt veranlaßt haben, hat ihre Angaben vor dem Richter wiederholt. Koch wurde festgenommen.

Kein Widertrug Kürten. Die Meldung, daß der Düsseldorfer Massenmörder Peter Kürten seine Geständnisse widertrug habe, wird von zuständiger Stelle für unrechtfertig erklärt. Der Widertrug würde auch bedeutungslos sein, da Kürten bereits eine ganze Anzahl der Verbrechen einwandfrei nachgewiesen werden konnten.

300 000 Mark verlorert. In Wölpe, Kreis Neuhausen (Prov. Sachsen) wurde in der Gemeindewerwaltung ein Fehlbezug von 300 000 Mark entdeckt. Der Gemeindewerwaltung und der Rentamt (Kassenverwalter) haben untereinander 43 200 Mark unterschlagen und verputzt und durch ihre schlechte Amtsführung ist ferner der Gemeinde eine Schuldenlast von über einer Viertelmillion entstanden.

Hotelbrand im Riesengebirge. Im böhmischen Riesengebirge ist das Hotel „Schneekoppe“ bis auf die Umfassungsmauern abgebrannt. Bekämpfung des Feuers war wegen Wassermangel nicht möglich. Das Hotel war von Sommergästen voll besetzt, die sich zum Teil durch die Fenster retten konnten. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor. Der Verdacht richtet sich gegen den Hausmeister des Hotels, der am Tag vorher entlassen worden ist.

Waldbrand. Auf den Besitzungen des Fürsten Reichenstein im Altvatergebirge (Böhmen) entstand, wahrscheinlich durch eine weggeworfene Zigarette, ein Brand, der bereits 15 Hektar Wald ergriffen hat.

Bei Solleftea (Nordschweden) wurden durch einen Brand fast zweieinhalb Hektarfläche Hochwald vernichtet.

Der Busow ist seit Montag morgen in Tätigkeit. Der Ausbruch erinnert in seiner Art an den vom Jahre 1927. Da die Lavaströme nur geringen Umsatz annehmen, glaubt man, daß keinerlei Gefahr für die zunächst liegenden Ortschaften besteht.

Schillings Vorsitzender der Genossenschaft Deutscher Tonkünstler. Der Vorsitz der Genossenschaft Deutscher Tonkünstler wählte Generalmusikdirektor Prof. Dr. Max v. Schillings zum Vorsitzenden der Genossenschaft.

Weitere Todesopfer in Lübeck. Die Zahl der Todesopfer bei den mit dem Calmette-Serum gefütterten Säuglingen hat sich um drei weitere Todesfälle auf 53 erhöht. Krank sind 86, gebessert 73, gesund 59 Kinder.

Tödliche Paralyphusfälle in Darmstadt. Im Städtischen Elisabethen-Krankenhaus in Darmstadt erkrankten am Gebrauch von Pudding etwa 50 Personen, Patienten und Hausangestellte. Bisher sind drei Todesfälle zu verzeichnen.

Kürten widerruft seine Geständnisse? Wie der „Montagmorgen“ aus Düsseldorf meldet, soll der Massenmörder Peter Kürten einen Teil seiner früheren Geständnisse widerrufen haben. Kürten will nicht mehr der „Düsseldorfer Massenmörder“ sein und leugnet jetzt auch die zahlreichen sonstigen Geständnisse, die er zunächst nach seiner Verhaftung auf sich genommen hat. Die Untersuchung gegen Kürten ist infolgedessen auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Ihr Ergebnis ist noch völlig unbestimmt, da dem Blatt zufolge für die Täterschaft Kürten in den einzelnen Düsseldorfer Verbrechen über seine eigenen Geständnisse hinaus bisher Beweise noch nicht erbracht werden konnten.

Kürten soll nun auf seinen „Geisteszustand“ untersucht werden, was eine Verzögerung des Hauptverfahrens um mehrere Monate bedeutet.

Vom Schreibständerlein zur Intendantin. Das bisherige Schreibständerlein des Mailänder Generalmusikdirektors Toscanini, Fräulein Colombara, wurde nach dem kürzlich erfolgten Tod des Direktors Scandiani zur Leiterin des Scala-Theaters in Mailand, des größten Operntheaters Italiens, ernannt.

Günstige Bevölkerungsstatistik in Frankreich. Nach den für das erste Quartal 1930 veröffentlichten Ziffern der französischen Bevölkerungsbewegung hat sich die Zahl der Eheschließungen von 61 295 auf 71 870 erhöht. Gestiegen wurden 4429 (4206) Ehen. Während die Geburtenziffer mit 188 756 (188 467) keine wesentliche Änderung erfuhr, sind die Todesfälle von 258 672 auf 177 959 zurückgegangen. Mithin ergibt sich ein Geburtenüberschuss von 10 797, wogegen in der Vergleichszeit des Vorjahrs die Todesfälle um 70 205 zahlreicher waren.

Erdstöße in Spanien. In Madrid und in einigen spanischen Provinzen, namentlich in Andalusien, wurden am 5. Juli starke Erdstöße verspürt. Bis jetzt wird nur von Sachschäden berichtet.

Das Urteil im Bult-Prozeß. Am 25. August v. d. verunglückte bei Bult (Rheinpr.) der Expresszug Paris-Warschau an einer Stelle, wo Gleisoerlegungen vorgenommen wurden. Bei dem Unglück fanden viele Reisende, namentlich aus Polen, den Tod oder wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Vor dem Gericht in Köln kam dieser Tage der Unglücksfall zur Verhandlung. Der Lokomotivführer Nordhaus wurde freigesprochen, Fahrdiensleiter Fischer, der einen ungeeigneten Befehlsbefehl ausgegeben hatte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß Unglück kein solches Ausmaß annehmen können, wenn nicht minderwertige französische und polnische Wagen im Zug gewesen wären.

## Sendesolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Mittwoch, 10. Juli:

8.00: Weiterbericht. 8.00: Morgenanzeige. 8.00: Morgenanzeige. 10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichtendienst. 12.00: Weiterbericht. 12.25: Schallplattenkonzert. 13.00: Weiterbericht. Nachrichtendienst. 14.15: Fortsetzung des Schallplattenkonzerts. 13.00-13.30: Stunde der Jugend. 13.00: Konzert. 17.00: Zeitangabe. Weiterbericht. Rundfunkteilnahmen. 13.00: Vortrag: Theaterstudium in der Provinz. 18.30: Dialog: „Die Arbeit der letzten Hände“. 19.00: Zeitangabe. 19.30: Rundfunkteilnahmen. 20.00: Unterhaltung. 21.30: „Es kommt“. 22.30: Rundfunkteilnahmen. 23.30: Nachrichten.

## Sport

### Die erste Nordlandfahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag nachts zu seiner Nordlandfahrt aufgestiegen. Zu dieser Fahrt, an der 20 Passagiere teilnehmen, ist das Luftschiff vom Schweizerischen Automobilclub gehaftet worden. Das Luftschiff nimmt von Friedrichshafen in gerader Linie auf die Südwestspitze Norwegens und wird dann die norwegische Küste entlang bis zur Stadt Hammerfest und zum Nordkap fliegen. Ob von dort aus noch Spitzbergen ein Flug abgestellt wird, hängt von den Wetterverhältnissen ab. Eine bestimmte diesbezügliche Tafel hat die Fahrleitung nicht gegeben. Die Dauer der Fahrt wird auf drei Tage berechnet. Die Führung hat Dr. Edeker. Unter den Fahrgästen befindet sich auch der bekannte Afrikafahrer Mittelholzer aus Bürk. Das Luftschiff führt Brennstoff für eine ununterbrochene Fahrt von vierzehn bis fünf Tagen mit sich. Auf dem Rückflug wird entweder die Linie wie beim Hinflug oder über Schweden und Finnland geflogen werden. Die Landung dürfte Freitag abend oder Samstag früh erfolgen.

## Das Wetter

Bon Spanien ist ein Hochdruck gegen Mitteleuropa vorgebrungen. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch mehrheitlich helles, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

## KAPITALANGEBOT!

Wir haben per sofort oder später folgende Geldposten von Privatbank gegen gute L. oder II. Hypotheken bei günstigen Bedingungen auszuleihen:

1 mal RM 1000,- 1 mal RM 3200,- 4 mal RM 15000,-  
2 mal RM 1500,- 4 mal RM 4000,- 1 mal RM 12000,-  
4 mal RM 2000,- 3 mal RM 5000,- 1 mal RM 15000,-  
1 mal RM 2500,- 1 mal RM 7000,- 1 mal RM 20000,-  
5 mal RM 3000,- 2 mal RM 8000,- 1 mal RM 30000,-

Interessenten wollen ihre Gesuche mit Vorlage von Schätzungsurkunden und Grundbuchauszügen einreichen bei

Berg & Mundt, Hypothekengesellschaft, Stuttgart / Tübingenstr. 1  
Schriftliches Anfragen ist Rückparo beizufügen.

## Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 8. Juli. 4,1885 G., 4,1965 B.  
Dt. Abl.-Abl. 60.  
Dt. Abl.-Abl. ohne Ausl. 8,50.

Berliner Geldmarkt, 8. Juli. Tagesgeld 3,75—5,75 v. h., Monatsgeld 4,50—5,75 v. h., Warenwechsel etwa 3,75 v. h.

Der Privatdiskont ist für beide Sichten auf 3,375 v. h. erhöht worden.

**Neue deutsch-polnische Roggen-Vereinbarungen.** Die in Berlin geführten Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenausfuhrabkommen sind im wesentlichen abgeschlossen. Das Ausfuhrabkommen wird um ein Jahr bis zum 30. Juni 1931 verlängert. Die Bestimmungen sind im allgemeinen unverändert geblieben, vor allem auch die Quotenverteilung, und zwar 60 Prozent für Deutschland und 40 Prozent für Polen. Neu aufgenommen ist die Bestimmung, daß nicht ausgenutzte Quoten nach zwei Monaten verfallen. Der Sitz des Überwachungsausschusses bleibt unverändert in Berlin.

**Die Finanzlage der Reichspost.** Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Schägel gab bekannt, daß die Younganleihe bis jetzt rund 60 Millionen gebracht habe. Die im Juni und Juli begebenen Schahaneinweisungen in Höhe von 113 Millionen seien sämtlich verlaufen. Das Postdchedgeld sei also um 173 Millionen entlastet worden. Ansonsten bestehen keine Bedenken, auch den Rest der Ablieferung an das Reich mit 41 Millionen abzuführen. Das Endergebnis des Jahres 1929 ist ein Gewinn von 222,7 Millionen, wovon das Reich insgesamt 151,5 Millionen erhielt.

**Aufwertung der Schuhgebietsanleihe.** Im Reichsfinanzministerium wird ein Gefgentwurf ausgearbeitet, nach dem die Schuhgebietsanleihe mit der Unterscheidung von Alt- und Neubestand aufgewertet werden soll. — Diese Aufwertung ist einem Prozeß zuzuschreiben, den die Inhaber von Schuhgebietsanleihen gegen das Reich angestrengt haben.

**Brandbeschädigungsstatistik.** Die bei den Mitgliedschaften der Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungs-Gesellschaften in Deutschland im Mai 1930 für das Deutsche Reich angefallenen Schäden betragen insgesamt 5,56 Mill. RM. gegen 10,35 Mill. RM. im Mai 1929 und 7,76 Mill. RM. im Mai 1928. Die Gesamtkomme der in den Monaten Januar bis einschließlich Mai d. J. angefallenen Schäden beträgt im Deutschen Reich 38.775.460 RM. gegenüber einer angefallenen Schadensumme von 61,95 Mill. RM. in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs.

**Rückgang der Warenhausumsätze im Mai 1930.** Die Tärenhausumsätze insgesamt blieben in Mai 1930 am annähernd 11 Prozent hinter Vorjahrsgröße zurück. Der Umsatzrückgang setzte sich in erster Linie bei Bekleidung. Der Geschäftsgang der Warenhäuser hat sich bisher im ganzen verschlechtert.

**Neue Oelfunde in Südsafila.** In der Nähe von Middleborough (Kapland) stieß man bei Bohrversuchen in 60 und 80 Meter Tiefe auf mächtige Erdöschichten. Die Ausbeutung soll in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

**Konkurse.** Maler u. Co. GmbH. in Badnang. — Wagervermietter Friß Arnold in Biberach. — Badstr. 31. — Hohenloher Industrie „Elico“ Dr. Max Elslein GmbH. in Hall. — Friedrich Böttle, Webs-, Lebens- und Futtermittelhandlung in Ludwigsburg. — Julius Merz in Konstanz, Inhaber der Firmen Kattmert, Beimerstettner, Julius Merz, Ulm, und Schotterwerk Konstanz Julius Merz in Konstanz. — Rudolf Lent, Mechaniker in Schmidm. Alleinhaber der Firma Lent u. Bürkle, Fabrik elektr. Apparate und Motoren in Schmidm., DR. Wahlzlinen. —

**Starke Verlust bei Telephon Berliner.** Die Telephon Berliner AG., die im Geschäftsjahr 1928 bereits einen Verlust von 3,5 Mill. RM. hatte, verzichtet für 1929 einen weiteren Verlust von 4,13 Mill. RM., so daß der größte Teil des Stammkapitals bereits verloren ist. Dieses Kapital soll nun von 6,9 auf 2,76 Mill. (5,2) zusammengelegt werden. Wie verlautet, wird das Unternehmen an die Standard El.-Ges. übergehen.

**Die Hessische Kunstmühle AG.** Mannheim erzielte 1929 einen Reingewinn von 287.732 (214.148) Mark, aus dem wieder 10 Prozent Dividende verteilt werden.

Die diesjährige Innsbrucker Herbstmesse, verbunden mit verschiedenen Sonderausstellungen, findet in der Zeit vom 28. Sept. bis 5. Oktober ds. J. statt.

**Zahlungseinstellung:** Textilentaufshaus Bernhard Eidsmann, Berlin (Schulden 500.000 Mark). — Café Royal, Verwaltungsgeellschaft Apollo, Kaufmann Heinrich Hünnies, Mitinhaber des neuerrichteten Dianatheaters, in Köln. Schulden 2.788.000 Mark, denen 3,4 Mill. Vermögenswerte gegenüberstehen.

**Rückgang der Konkurse.** Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Juni 1930 durch den „Reichsanzeiger“ 853 neue Konkurse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 647 eröffnete Betriebe geschahen bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Mai 1930 stellten sich auf 1062 bzw. 702.

**Umleitung der Kraftposten Stuttgart-Tübingen über Böblingen.** Infolge Sperrung der Staatsstraße zwischen Röhrstelle und Steinenbronn, sowie in Echterdingen müssen die Kraftposten zwischen Stuttgart und Tübingen von Montag, den 7. Juli an bis auf weiteres über den Schachthof, Holzgerlingen, Böblingen, Waiblingen, Möhringen umgeleitet werden.

**Dyckerhoff u. Söhne erwerben Jura-Majorität.** Der Finanzauschuß des württembergischen Landtags hat der Übernahme der im Besitz des württembergischen Staats befindlichen Majorität von rund 85 Prozent von insgesamt 8 Mill. M. Aktienkapital der Jura-Döschierwerke AG. Stuttgart, zum Preis von 2 Mill. RM., was einem Kurs von 87 Prozent entspricht, durch die Dyckerhoff & Söhne GmbH. Wiesbaden, und deren Tochtergesellschaft, der Firma Schwenk-Ulm, nunmehr zugestimmt. Seit 1928 bestand zwischen der Jura-Döschierwerke AG. als früherem Außenreiter und dem Süddeutschen Zementverband ein lohes Abkommen.

**Die Großhandelsmehrzahl für 2. Juli ist mit 124,0 gegenüber der Vorwoche (124,2) um 0,2 Proz. zurückgegangen.** Von den Hauptgruppen hat die Mehrzahl für Agrarstoffe um 0,3 Proz. auf 110,1 (110,4) nachgegeben. Die Mehrzahl für industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate ist auf 120,6 (120,9) um 0,2 Proz. und diejenige für industrielle Fertigwaren auf 150,9 (151,1) gesunken. Im Monatsdurchschnitt Juni ist die Gesamtmehzahl mit 124,5 gegen den Vormonat (125,7) um 1 Proz. zurückgegangen. Agrarstoffe 109,7 (110,7), industrielle Fertigwaren 151,2 (151,5).

**Das Superphosphat-Syndikat ist auf fünf Jahre neu gebildet worden.**

**Die Hansa-Metallwerke AG. Möhingen-Stuttgart** erzielte, im QJ. 1929 einen Reingewinn von 6501 (33.543) M., der laut H.W.-Bericht vorgebracht wird (i. B. 6 Proz. Dividende). Nach dem Bericht stand das QJ. 1929 unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Die Umsätze sind gegenüber dem Jahr 1928 zurückgegangen.

**Die Fahrradsfabrik AG. in Friedrichshafen a. B.** weist für das QJ. 1929 einen Reingewinn von 149.522 (149.173) M. aus. Hierzu werden wie im Vorjahr 7 Proz. Dividende ausgeschüttet.

**Steifel bei Mannstadt.** In den Mannstädterwerken in Trostdorf waren gemäß dem Denkmalspruch die Akkordlöcher und die Brämen- und Leistungszulagen herabgesetzt worden. Nach langen vergeblichen Verhandlungen ist nun die ganze Belegschaft von rund 2600 Mann in den Ausstand getreten.

**Stuttgarter Börse.** 8. Juli. Die heutige Börse eröffnete schwächer. Bei kleinen Umlägen bröckelten die Kursteile teilweise weiter ab. Im Verlauf konnte sich keine Erholung durchsetzen und die Börse schloß schwach. Rentenwerte gehalten.

Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

**Berliner Getreidepreise.** 8. Juli. Weizen märz. 28,50—28,60, Roggen 17,20—17,70, Futter- und Industriegerste 16—19, Hafer 15,70—16,40, Weizenmehl 32,50—40,50, Roggenmehl 22,50—25, Weizenkleie 9,75—10,25, Roggenkleie 9,25—10.

**Bremen.** 8. Juli. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 14,91.

## Märkte

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt.** 8. Juli. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 36 Ochsen, 41 Bullen, 300 Jungbulle, 388 Jungrinder, 176 Kühe, 906 Rinder, 1943 Schweine. Davon blieben unverkauft: 5 Ochsen, 40 Jungbulle, 30 Jungrinder, 150 Schweine. Verlauf des Marktes: Großvieh ruhig, überstand; Rinder langsam, Schweine ruhig, Fettschweine: Überstand.

Ochsen:	8.7.	8.7.	Rinder:	8.7.	8.7.
ausgemästet	54—57	—	Heifisch	25—30	—
vollfleischig	49—52	—	gering gendigt	18—23	—
fleischig	—	—	Rinder:	—	—
			feinste Rind- und beste Saugkalber	73—76	72—75
			mittl. Rind- und gute Saugkalber	61—69	62—69
			geringe Rinder	52—60	53—60
Jungrinder:			Schweiner:		
ausgemästet	56—59	56—59	über 200 Pf.	58—59	58—60
vollfleischig	50—54	50—54	240—800 Pf.	58—61	58—62
fleischig	46—49	—	200—240 Pf.	63—64	64
gering gendigt	—	—	160—200 Pf.	62—64	63—64
Rinder:			120—180 Pf.	60—62	—
ausgemästet	41—47	—	unter 120 Pf.	60—62	—
vollfleischig	32—39	—	Sauen:	45—49	45—49

**Ulm.** 8. Juli. **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 8 Ochsen, 8 Färten, 13 Kühe, 20 Rinder, 138 Rinder, 220 Schweine. Preise: Ochsen 1. 48—50, Färten 1. 44—46, 2. 40—42, Kühe 2. 26—30, 3. 16—24, Rinder 1. 48—50, 2. 42—46, Rinder 1. 72—74, 2. 68 bis 70, Schweine 1. 52—56, 2. 48—50 Mt. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam, Überstand.

**Pforzheim.** 8. Juli. **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 6 Ochsen, 4 Kühe, 50 Rinder, 24 Färten, 37 Rinder, 5 Schafe, 324 Schweine. Preise: Ochsen 1. 54—57, 2. 50—53, Färten 1. 54, 2. und 3. 52—55, Kühe 2. und 3. 42—45, Rinder 1. 58—60, 2. 53 bis 56, Rinder 2. 78—82, 3. 70—76, Schweine 2. 64—66, 3. und 4. 65—67 Mt. Marktverlauf: Häufig belebt.

**Pforzheim.** 8. Juli. **Pferdemarkt.** Auftrieb: 95 Pferde, darunter 2 Hohlen. Preise: schwere Arbeitspferde 1000—1400, mittlerer Schlag 550—900, leichte Pferde 150—500 Mt. Schlachtpferde 50—100 Mt.

**Schweinepreise.** 8. Juli. **Dillingen:** Läuse 60—75, Saugschweine 30—40. — **Riedlingen:** Milchschweine 20—38, Mutterschweine 132—155. — **Tuttlingen:** Milchschweine 20—32 Mt.

**Fruchtpreise.** 8. Juli. **Nalen:** Weizen 13,90—14,50, Roggen 8,50—9,10, Wintergerste 9,30, Gerste 10,50, Haber 7,70—8.—

**Heidenheim:** Weizen 13,50, Kerner 14,20—14,50, Haber 7,20—8, Roggen 8,50—9, Gerste 9,70. — **Cleutsch** i. M.: Roggen 10, Gerste 10—11, Haber 8,20—10. — **Riedlingen:** Gerste 9, Haber 7,60—8.

**Tuttlingen:** Weizen 14,50—15, Kerner 15, Gerste 10, Roggen 10,50, Haber 9 Mt.

## Der Stand der Hopfen

Nach dem Pflanzenstandsbericht des Mitteleuropäischen Hopfenbaubüros, Sitz Saaz, für die Zeit vom Ende Juni bis Anfang Juli ist in der Hallertau keine nachteilige Beeinflussung der Hopfenanlagen durch die Trockenheit zu beobachten. Der allgemeine Hopfensstand kann als normal bezeichnet werden. Auch im ganzen Spalter Anbaugebiet sind die Hopfen vollkommen gesund und schön. Im Hersbrucker Gebirge zeigen die Hopfen auf den leichteren Lagen von unten her gelbe Blätter, die auf Trockenheit zurückzuführen sind. In den Anlagen haben die Pflanzen heuer noch nicht die normale Höhe erreicht. Es muß im allgemeinen mit einem viel geringeren Ertrag als 1929 gerechnet werden. Im Alsfeldgrund ist der Pflanzenstand gegenüber den letzten Jahren noch zurück. Die Peronospora hat sich auch schon wieder bemerkbar gemacht. In Bürgelberg brachten die zahlreichen Gewitter, die in letzter Zeit niedergingen, starke Niederschläge und in einigen Gemeinden des unteren Ammerals heftigen Hagelsturm. Die vom Hagel getroffenen Anlagen haben schwer gelitten, sie werden auch im günstigsten Fall nur eine unbedeutende Ernte bringen, zumal sie nun auch noch von der Peronospora stark befreit werden. Im übrigen stehen die Hopfenanlagen sehr ungleich. Die Peronospora ist überall, teilweise in sehr starkem Umfang, vorhanden. Blattläuse finden sich bis jetzt nur vereinzelt. Gegen die Peronospora wurde bis jetzt meist nur einmal geprägt. Die Ernteaussichten sind, soweit sich dies schon beurteilen läßt, schlecht. Im Saazer Gebiet hat sich die Hopfenzweige normal entwickelt. Der Stand ist ungleich; ausgiebige Niederschläge sind sehr nötig. Der durchschnittliche Stand kann heute als „mittel“ bezeichnet werden. Die Bäume sind heuer vollkommen gesund, ungezügelt und weiterhin frischgrün.

## 100 Mk. Belohnung

erhält derjenige, welcher mir den Täter, der meinen neuen Personen-Wagen beschädigt hat, derart namhaft macht, daß ich ihn gerichtlich belangen kann.

Viktor Mundinger.

## LIEDERKRANZ

Heute abend 8.15 Uhr  
**Singstunde.**  
Pünktlich und vollzählig.

**Ev. Jünglingsverein Wildbad.**

Herrt abend 8 Uhr im  
**Vereinslokal.**  
Pünktliches und zahlreiches  
Erscheinen der Mitglieder  
wird dringend erwartet.

Der Vorstand.

**Heu**  
frisch gemacht, neben der  
Bergbahn sitzend  
**zu verkaufen.**

Zu erfragen bei

Chr. Schmid, König-Karlstr. 19.

**Landes-Kurtheater**

Direktion: Sieg-Krauß  
Fernsprecher 535

Anfang jeweils abends 8 Uhr

Mittwoch den 9. Juli

**Friederike**

Singspiel in 3 Akten von

Franz Lehár.

Donnerstag den 10. Juli

**Vater sein dagegen sehr!**

Komödie in 3 Akten von

Edward Childs Carpenter.

**Waldhämmere**

und